

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 12

Artikel: "Wir demonstrieren jetzt mit der Metallgewerkschaft"
Autor: Elmiger, Dorothee
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390100>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Wir demonstrieren jetzt mit der Metallgewerkschaft»

Kleine unvollständige Chronologie der Uni-Besetzungen in diesem Herbst: 22. 10. Wien, 23. 10. Graz, 27. 10. Linz, Klagenfurt, 28. 10. Salzburg, 29. 10. Innsbruck, 3. 11. Heidelberg, 4. 11. Münster, Potsdam, 5. 11. Darmstadt, Marburg, München, Tübingen, 9. 11. Greifswald, Mönchengladbach, Dresden, 10. 11. Duisburg-Essen, Mainz, 11. 11. FU Berlin, Hamburg, HU Berlin, Coburg, Göttingen, Basel, Bielefeld, Würzburg, Hildesheim, Landau, Aachen, 12. 11. TU Berlin, Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Osnabrück, 15. 11. Giessen, 16. 11. Lüneburg, Beuth Hochschule für Technik in Berlin, Stuttgart, Wuppertal, Freiburg, Kaiserslautern, Paderborn. 17. 11. Erlangen, Zürich, Braunschweig, Bern, Köln, Passau, Erfurt, Jena.

Nachfolgend ein analytischer Stimmungsbericht von den Besetzungs- und Protestvorgängen an der Freien Universität Berlin im November.

• Im Sommer 2007 sprach der Politikwissenschaftler Bodo Zeuner in seiner Abschiedsvorlesung an der Freien Universität Berlin von der gegenwärtigen Entwicklung des Bildungssystems und von der «Ökonomisierung der Wissenschaft». Die Universitäten betreffend habe sich ein Normwandel ereignet, bei dem es «um die reale und gewollte Anpassung der Universität in Struktur und Funktion an ein zum Zweck der Profitzielung wirtschaftendes Privatunternehmen» gehe.

Zwei Jahre später, im Herbst 2009 treffen sich Studierende derselben Universität zu einer Vollversammlung, bei der sie beschliessen, den Hörsaal zu besetzen und damit zu protestieren gegen jene Anpassungen «in Struktur und Funktion», die sich am deutlichsten in den «Reformen» manifestieren, die mit der Bologna-Erklärung beschlossen wurden.

Es ist ein Mittwoch, 12 Uhr: Vollversammlung im Hörsaal 1A. Drei Studierende sind aus Wien angereist, sie überbringen Grüsse aus dem seit Tagen besetzten Audimax der Universität Wien. Wir demonstrieren jetzt zusammen mit der Metallgewerkschaft, sagen sie.

Grüsse werden auch überbracht von der Universität Potsdam, den Beschäftigten des Studentenwerks und den GebäudereinigerInnen, die selbst am 20. Oktober in ganz Deutschland die Arbeit niedergelegt hatten – zum ersten Mal in der Geschichte der BRD. Jemand verteilt Unterschriftenbögen für eine Initiative der Studierenden, die eine Urabstimmung zur Absetzung des Unipräsidenten Dieter Lenzen fordert.

Lenzen, von der «Financial Times» Deutschland 2008 zum «Hochschulmanager des Jahres» gekürt, ist vor allem Unternehmer und vielleicht der Prototyp eines Universitätspräsidenten im Sinne des Bologna-Prozesses. Die Umstrukturierung der Universität, das Hochschulmarketing, die Teilnahme

am Wettbewerb um den «Elite»-Status – das alles gestaltet Lenzen nach neoliberalen Prinzipien, wie sie Zeuner in seiner Vorlesung anführte: «Geschäftsziel ist die Produktion von Waren, die privat nutzbar und auf dem Markt veräusserbar sind, statt von Kollektivgütern: Also werden die Studierenden zu Kunden umdefiniert, die verwendbare Qualifikationen und entsprechende Zertifikate nachfragen und auch mit Studiengebühren bezahlen. (...) Die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zielt ebenfalls auf zahlungskräftige Nachfrage, im wesentlichen «der Wirtschaft» und «der öffentlichen Hände.»»

Lang werden im Hörsaal Forderungen und Vorgehensweisen diskutiert. Es wird an vergangene Bildungstreiks erinnert. Als sich jemand zu Wort meldet und dem Streik Forderungen nach tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen und einer Rätedemokratie zugrunde legen will, wird von einigen Seiten Unmut laut. Man möchte an dieser Stelle auf ideologische Debatten verzichten, eine möglichst breite Unterstützung von Studierenden mit unterschiedlichen Hintergründen soll gewährleistet bleiben. Arbeitsgruppen werden gegründet, die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit, die Arbeitsgruppe Forderungen, Internationale Zusammenarbeit, Kultur und die Arbeitsgruppe Kritische Debatte für die Sache mit der Rätedemokratie.

Einige Stunden später finden sich einige Türen weiter zwei Dutzend Leute ein. Sie wollen in Lesekreisen Marx' «Kapital» lesen. Die meisten Anwesenden sind Studierende, Marx ist in den berufsorientierten Curricula der Universitäten nur selten zu finden, die politische Theorie verliert zugunsten der forschungsträchtigeren Internationalen Beziehungen an Stellenwert.

An diesem Abend ist Alex Demirović zu Gast und spricht über das «Kapital». 2004 schrieb Demirović, der in der Tra-

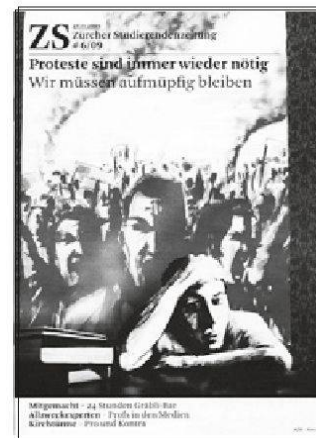
dition der kritischen Theorie steht, in der PROKLA unter dem Titel «Wissenschaft oder Dummheit»: «Denn die Ausrichtung auf Berufsausbildung hat Rückwirkungen auf das wissenschaftliche Wissen. Es dient der Herrschaftsausübung: Es wird das Sachwissen und die Form des Wissens erarbeitet und vermittelt, das diejenigen benötigen, die in Wirtschaft, Politik, Verwaltung Aufgaben des Kommandos, der Führung, der Hierarchie und des Gewinns wahrnehmen, die sich in hohen und Herrschaftspositionen reproduzieren.»

Die Berliner Demonstration zum Bildungstreik-Tag beginnt beim Roten Rathaus. Es regnet. Bevor die ersten Demonstrierenden in Sicht kommen, werde ich von Polizisten angehalten. Sie durchsuchen meinen Rucksack und meine Manteltaschen. Nein, ein Messer habe ich nicht dabei.

Schüler und Schülerinnen gehen in grossen Gruppen mit, jemand spielt Tuba, jemand hat in einem Sarg die Bildung begraben, eine ältere Frau klebt Aufkleber an Strassenlaternen. Es regnet, mein Kommilitone Martin verschwindet nach dem Versuch, ein Transparent von einem Polizisten zurückzuverlangen, der Tubaspieler spielt noch immer.

Am Abend schickt mir die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit eine Nachricht zur Pressekonferenz, die am frühen Morgen stattgefunden hatte. Darin werden die Forderungen genannt, die in der Zwischenzeit ausgearbeitet wurden und die sich von Uni zu Uni nur bedingt unterscheiden: Verlangt wird eine Demokratisierung der Universitäten, selbstbestimmtes Studieren, mehr öffentliche Mittel für Bildung, gleiche Zugangschancen für alle, eine Verbesserung der Lehr- und Lernqualität. Universitätsspezifische Forderungen kommen hinzu.

Am Tag nach der Demonstration ist der grösste Hörsaal der Freien Universität seit einer Woche besetzt. In einem



«Proteste sind immer wieder nötig» und «Wir müssen aufmümpfig bleiben» – dies die etwas zahmen Schlagzeilen der aktuellen «Zürcher Studierendenzeitung 6/09».

Dorothee Elmiger ist freie Autorin und studiert an der Freien Universität Berlin (d. elmiger@bluemail.ch)

Seminar zu Antonio Gramscis Theorie der kulturellen Hegemonie herrscht Ratlosigkeit. Man sollte, sagen einige, doch jetzt nicht hier sitzen und über Gramsci sprechen, man sollte jetzt rausgehen und etwas tun. Erst müssen wir doch Gramsci lesen und verstehen, wirft jemand in die Runde. Ich denke, dass es vielleicht in Gramscis Sinn wäre, das Denken und das Verstehen auch als ein Tun zu begreifen.

Es besteht die Gefahr, dass der Atem nicht ausreicht und verfrüht auf Kompromisse der (scheinbar) erstaunlich verhandlungsbereiten PolitikerInnen eingegangen wird, die zu kurz greifen. So darf es keine Lösung sein, die Stu-

dieninhalte einfach den verkürzten Studienzeiten anzupassen und auch eine lockerere Organisation des Studiums, die es den Studierenden erlauben soll, mehr Geld zur Finanzierung (höherer) Studiengebühren zu verdienen, würde nur eine scheinbare Besserung darstellen. Und trotz allem sind es an vielen Unis noch immer Minderheiten, die aktiv sind.

Aber die Studierenden der mittlerweile über 50 an den Protesten beteiligten Universitäten stehen in Kontakt zueinander, es werden Informationen, Wissen und Ermutigungen ausgetauscht. Diese Solidarisierung lässt viele länger ausharren. ●

Drei vorläufige Stichworte zu den aktuellen Protestbewegungen

• Die Proteste gegen die Kapitalisierung von Bildung, die Besetzungen von Hörsälen in vielen Universitäten und das Bemühen der Studierenden, nicht unter sich zu bleiben und andere Prekarierte ins Protestboot zu holen, waren in den letzten Wochen Musik in den Herzen jener, die hoffen, dass sie noch zu Lebzeiten die rote Fahne wieder vom Dachboden herunternehmen können. Doch natürlich gilt: Wer sich nicht bereits allzu bald entmutigen lassen will durch die Enttäuschung des immer absehbaren Misslingens, ist gehalten, auch diese neue Hoffnung des Herzens analytisch einzubinden und somit haltbar zu machen. Dazu drei vorläufige Stichworte:

Zusammenhänge existieren nicht, sie werden behauptet

Die Studierendenproteste sind zusammen zu denken mit anderen Protestereignissen wie die Hamburger Besetzung des «Gängeviertels» durch Leute aus der Kunstszene im Widerstand gegen eine neoliberale Quartieraushöhlung. Slogans wie «Wir kaufen euch nicht ab, was uns gehört» oder «Eure Krise zahlen wir nicht» richten sich nicht nur

gegen spezifische Dinge wie Studiengebühren oder Sparmassnahmen, sondern sie deuten etwas an, das man als Protest lesen kann gegen Vereinnahmungen, als Grenzziehung gegen die Rede vom selben Boot in dem alle sitzen, als Verweigerung der kybernetischen Verstrickungslogik, dass alle mit allem immer bereits verzahnt sind und niemand sich ausnehmen kann. Es ist die Weigerung, weiterhin zu sagen: Ich bin Student, also Teil des Establishments, ich bin staatlich geförderte Künstlerin, also mitschuldig an der neoliberalen Stadtpolitik, ich bin Pensionskassenmitglied, also mitschuldig an der Finanzkrise. Diese Stossrichtung wird am deutlichsten im Titel des Hamburger «Manifests gegen Gentrification», der lautet: «Not In Our Name» (NION). Und weil man eine Grenze zieht, gibt es zum Beispiel auch den freilich nie radikal durchzusetzenden Willen, nicht in die Kommunikationsfallen der Entscheidungsträger zu tappen, indem man zu früh mit ihnen spricht und den Grundsatz «nicht Anhörung, sondern Verhandlung» vergisst. Wenn man verstehen will, weshalb das Hamburger Manifest eine sehr grosse Verbreitung und Solidarität gefunden hat, dann liegt es sicher auch an dieser Art Befreiungsschlag aus der modernen Sippenhaftungsgesellschaft. Und auch wenn der lähmende Vereinnahmungsautomatismus des Kapitalismus nicht einfach

durch die verbale Weigerung, ihm weiterhin Tribut zu zahlen, ausser Kraft gesetzt ist, die reine Behauptung schafft bereits den Phantasieraum, dass es nicht immer und überall so sein muss.

Nur der Wille zur Theorie führt weg vom ideologischen Pragmatismus

Der NION-Impuls kann nur eine nachhaltige Kraft entfalten, wenn er theoretisch gedacht wird. Erst eine theoretische Analyse, wo Verstrickungen und wo Brüche mit den herrschenden Verhältnissen existieren beziehungsweise herstellbar sind, macht aus einem «ad hoc-wir» eine organisierbare Bewegung. Kann man das wieder entdeckte Interesse an Marx und vereinzelte Forderungen nach tiefgreifenden Veränderungen oder einer Rätedemokratie bereits als Aufkündigung des pragmatischen und antitheatrischen Konsens der neunziger Jahre interpretieren? Die so genannte Aversion gegen ideologisches Denken nach 1989 hat ja die Linke nur in die Abwesenheit von jeder Theorie und von dort direkt in die integrativen Fänge des absoluten Pragmatismus getrieben, über den hinaus nichts Grösseres mehr gedacht werden kann.

Von einem Kampf gegen diesen Pragmatismus kann noch keine Rede sein, zu tief verankert sind seine vermeintlichen Vorzüge. Noch sind die Schritte, die in diese Richtung gehen, Notfälle, weil man am Pragmatismus gescheitert ist, und nicht absichtliche Massnahmen. Und noch gibt es in der Linken genug Leute, die immer noch glauben, sie könnten den Kapitalismus mit seinen eigenen Waffen schlagen. Und wer beim Gründungskongress der neuen Alternativen Linken Partei vom 21. November in Schaffhausen die Häme der TeilnehmerInnen mitbekommen hat, mit der sie die einzige Forderung mit Sprengkraft – «die Übernahme der Pharmaindustrie» – kommentierten, weiss viel über die gegenwärtige Unmöglichkeit, dem Pragmatismus, diesem Gott der kleinen Dinge, zu entkommen. Zuerst muss in der Linken die Naivität wieder möglich sein, die es für Utopisches braucht.

Ich sehe dazu keinen anderen Weg als den, der gegenwärtig versucht wird. Auch wenn man nicht weiss, wie es anders gehen soll, so scheut man sich doch nicht mehr, das Andere zu behaupten. Wer genau hin-

schaut, kann kaum revolutionäre Forderungen erkennen. Nimmt man die Protestierenden beim Wort, dann schlagen weder die einen noch die anderen fundamentale Änderungen vor. Auch die neue Linkspartei der Schweiz ist noch weit davon entfernt, sich substantiell von einer redlichen Sozialdemokratie zu unterscheiden. Aber das ist im Moment nicht wichtig, wichtig ist nur, dass Orte definiert werden, wo der Unterschied behauptet und gewollt wird. Der Wunsch schafft einen Vorstellungsraum, dieser eine Rhetorik, und jene erst ermöglicht eine politische Realität.

Kein Widerstand von Dauer ohne Geschichtsphilosophie

Kein Zweifel, was wir kürzlich, gegenwärtig und nächstens erleben, sind sehr unfertige und kleine Versuche. Ins Gewicht fällt vor allem die analytische Schwäche. Das heisst natürlich nicht, dass man den eigenen Aktionsrahmen nur als vorläufig begreifen muss. Im Gegenteil ist es sehr wichtig, dass das eigene Handeln einen zu einem guten Teil unbedingten Charakter hat. Aber ohne Geschichtsphilosophie, das heisst ohne eine Idee von Herkunft und Zukunft von Begriffen wie Protest, Befreiung, Versöhnung, ohne Erwartung auch, wohin es einmal mit der Menschheit insgesamt gehen könnte, steht man in der Gefahr, das eigene Tun und die Reaktion der anderen nur gegenwärtig und also sehr verkürzt zu deuten. Weder kann man sich und die verwendeten Symbole in eine bestimmte Tradition stellen, noch das Scheitern oder Gelingen messen und relativieren an einer Vision. Es fehlen dann die Kategorien, die Bedeutung des aktuellen Tuns einzuordnen. Dabei ist es nicht so, dass die Geschichtsphilosophie unnütz geworden wäre, weil sie sich oft als falsch erwiesen hat. Ihre Nützlichkeit besteht in aktueller Brauchbarkeit und nicht in zeitloser Richtigkeit. Es gibt eine Zeit, die Erwartungen zu denunzieren und von der Erfahrung zu lernen, und es gibt eine Zeit, die Erfahrungen zu denunzieren und von der Erwartung zu lernen oder die Erwartung überhaupt wieder zu lernen. In unserer Zeit ist das zweite wichtig. Richtig in diesem Zusammenhang aber auch ist das Singen solcher Liedzeilen: «Geschlagen ziehen wir nach Haus, die Enkel fechtens besser aus.»

Rolf Bossart